

Beschluss – Jung, gläubig und sozial

Beschluss zum Antrag 2 „Jung, gläubig und sozial – katholische Jugendverbände fordern Wege aus der Krise!“

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand

Die BDKJ-Diözesanversammlung beschließt:

Die Krise erkennen

Wir nehmen wahr, dass die fortschreitende Globalisierung und Vernetzung der Menschen weltweit, mit all ihren Möglichkeiten und kaum zu fassenden Veränderungen, in der gegenwärtigen Staatsverschuldungs-, Finanz- und Währungskrise, den „Primat der Politik“ auszuhebeln scheint. Die Verschuldung vieler Staaten übt einen erheblichen Druck auf die Regierungen aus, so dass die Gefahr besteht, dass Politik allein durch wirtschaftliche Faktoren bestimmt wird. Vermehrt äußern sich nur noch ExpertInnen zu Weltwirtschaft, Finanzkrise und Schwierigkeiten um die gemeinsame Währung Europäischer Staaten ohne konkrete Lösungsansätze zu bieten. Längst scheint es PolitikerInnen nur noch möglich zu sein, auf Entwicklungen des Weltfinanzmarktes oder Entscheidungen internationaler Finanzakteure, wie Ratingagenturen und Hedgefonds, zu reagieren.

Das Finanzsystem hat das politische System durchdrungen und Abhängigkeiten sind entstanden, die nicht mehr durch einzelne Maßnahmen aufzuheben sind. Entscheidungen werden getroffen, deren Auswirkungen nicht überschaubar sind.

Wir erleben den Verlust politischer Handlungsfähigkeit und es fehlt an Transparenz in der politischen Entscheidungsfindung. Beides ist aber unbedingte Voraussetzung für eine gelingende Demokratie!

Bei der Vielzahl an Herausforderungen, denen sich Europa zurzeit gegenüber sieht, ist ein alleiniger Fokus auf Wirtschaftswachstum keine Lösung! Wir erleben jedoch, dass wirtschaftliche Interessen bedient werden, während der Blick auf die Interessen der Menschen immer häufiger verloren geht.

Im Vergleich zu vielen anderen Ländern der Welt, dürfen wir in Deutschland immer noch in Wohlstand leben. Zurzeit profitiert Deutschland z. B. aufgrund des günstigen Zinsniveaus, sogar von der Krise im Währungsraum der Europäischen Union. Wir stellen fest, dass die Arbeitslosigkeit in vielen Staaten Europas zunimmt, die Jugendarbeitslosigkeitsquoten betragen zum Teil über 50 Prozent, Rentenansprüche und Löhne sinken bis unter die Armutsgrenze und die entscheidenden Gesellschaftsprobleme betreffen insbesondere junge Menschen. Bei all dem werden nun auch nationalistische und extremistische Stimmen wieder lauter.

Für uns, für die jungen Menschen, die in einem vereinten Europa aufgewachsen sind, für alle Kinder und Jugendlichen in Europa sagen wir "Stopp!"

Die Umkehr wagen

Als katholische Jugendverbände bekennen wir uns zur katholischen Soziallehre. Hieraus wollen wir uns in der aktuellen Krise der vier Prinzipien Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit bedienen. Diese Prinzipien finden nicht nur im innerkirchlichen Bereich Anwendung, sondern werden auch im politischen, wirtschaftlichen und gesell-

Beschluss – Jung, gläubig und sozial

schaftlichen Kontext anerkannt. Die katholische Soziallehre beschreibt keine Gesellschaftsstruktur und kein Marktsystem, wie es Kapitalismus oder Kommunismus tun. Vielmehr müssen ein Gesellschaftssystem und seine Rahmenbedingungen auf die beinhalteten Prinzipien überprüft werden und diese erfüllen, um im christlichen Sinne als gerecht zu gelten.

So soll jedes gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Handeln daran ausgerichtet werden, dass:

- die Freiheit und Würde des Einzelnen gewahrt bleibt und geachtet wird. (*Personalität*)
- benachteiligte Menschen unterstützt werden und dies auch systemisch gesichert wird. (*Solidarität*)
- auch kleinere Subsysteme aus sich heraus leben können und sich nicht in die Abhängigkeit der größeren Systemeinheiten begeben müssen. (*Subsidiarität*)
- für die jetzige und für nachfolgende Generationen natürliche Lebensgrundlagen erhalten bleiben, wirtschaftlicher Wohlstand ermöglicht wird und für sozialen Ausgleich gesorgt ist. (*Nachhaltigkeit*)

Die Entscheidung treffen

Wir sind jung und blicken in die Zukunft. Wir glauben an die Möglichkeit einen anderen Weg einzuschlagen. Wir tragen als junge Generation keine Schuld an der Entstehung der Krise, wollen aber unseren Teil dazu beitragen, diese zu überwinden. Schulden betreffen sowohl die/den EinzelneN, als auch die Gesamtgesellschaft. Als ChristInnen fordern wir in der Krise die katholische Soziallehre als Bewertungs- und Handlungsmaßstab zugrunde zu legen.

- *Personalität*

Wir fordern, dass Ziel und Maßstab der Politik und der Wirtschaft der einzelne Mensch ist. Das heißt: Die Wirtschaft, die Finanzmärkte und der internationale Handel müssen im Dienst der Menschen stehen. Dem Machtpotenzial von Großbanken, Weltwirtschaftsunternehmen und spekulativen Finanzgeschäften ist Einhalt zu gebieten. Den Interessen von Menschen und ihren zukünftigen Lebensbedingungen ist Vorrang zu gewähren. Daraus resultiert, dass politische Entscheidungen unbedingt an Parlamente gebunden sein müssen, so dass eine Partizipation der einzelnen BürgerInnen an diesen Entscheidungsprozessen erkennbar ist. Dabei müssen Freiheit, Demokratie und Menschenwürde die zentralen Werte bleiben! Staatsschulden, die sich in den letzten Jahren ins Unermessliche angehäuft haben, schüren die Gefahr, dass Staaten zu extremen Sparmaßnahmen gezwungen werden. Daher fordern wir den Abbau von Schulden ohne dabei den Blick auf die individuellen Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger sowie auf das Gemeinwohl zu verlieren.

- *Solidarität*

Europa ist in den letzten 60 Jahren unter der Perspektive in Frieden und Freiheit gemeinsam zu leben immer stärker zusammen gewachsen. Durch den gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzraum sind Partnerschaften, aber auch gegenseitige Verpflichtungen entstanden. Wir bekennen uns zum vereinten Europa und dazu gehört auch, dass stärkere Volkswirtschaften sich mit schwächeren Staaten solidarisch zeigen. Ziel dieser Solidarität sollen nicht in erster Linie wirtschaftliche Interessen sein, sondern die Vision eines vereinten, friedlichen und geschwisterlichen Europas. Gleichzeitig dürfen Bestrebungen für sozialen Ausgleich zu sorgen, Chancengleichheit herzustellen und die Armut zu bekämpfen, nicht aus dem Blick geraten.

Beschluss – Jung, gläubig und sozial

Wir rufen deshalb alle PolitikerInnen auf, sich auf die Stärken der Demokratie (Transparenz, Diskurs, demokratisch legitimierte Entscheidung) zu besinnen und sich nicht blind von einer vermeintlichen Alternativlosigkeit treiben zu lassen.

- *Subsidiarität*

Finanztransaktionen, Börsengeschäfte, Risikoinvestments etc. sind durch Kriterien zu begrenzen. Diese müssen sich an den Bedürfnissen der Realwirtschaft orientieren. Dafür fordern wir die Stärkung der Handlungsfähigkeit und Entscheidungskompetenz des Europäischen Parlaments gegenüber den anderen europäischen Institutionen. Die Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Länder und Regionen in Europa müssen darüber hinaus berücksichtigt werden, um auf regionale Besonderheiten besser eingehen zu können.

Im Sinne der Subsidiarität müssen die jeweiligen Parlamente ihre Aufgabenstellungen wahrnehmen können. Das globale Wirtschaftssystem muss die Förderung regionaler Märkte berücksichtigen. Familien, Sozialverbände, Interessenvertretungen, Gewerkschaften müssen in ihrer Souveränität unterstützt und gefördert werden und dürfen nicht aus wirtschaftlichen Gründen benachteiligt oder sogar verdrängt werden.

- *Nachhaltigkeit*

Ökologisches, nachhaltiges, soziales und faires Wirtschaften muss Voraussetzung sein. Um allen heutigen und zukünftig lebenden Menschen gleiche und gute Entwicklungs- und Lebensmöglichkeiten zu bieten, ist es uns ein besonderes Anliegen, dass Schulden abgebaut werden. Daher appellieren wir an die Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik ihr Handeln dahingehend zu gestalten, dass Schulden abgebaut werden, bei gleichzeitiger Förderung der Entwicklungs- und Lebensmöglichkeiten des/der Einzelnen.

In der Politik muss erkennbar werden, dass systemische Regulierungen geschaffen werden, um die Staatsverschuldung nachhaltig abzubauen.

Auf der Grundlage dieser Positionierung legen wir folgende Handlungsschritte fest:

1. Der Diözesanausschuss wird beauftragt einen Studientag zum Thema katholische Soziallehre für alle JugendverbandlerInnen unter Beteiligung von Fachleuten im ersten Halbjahr 2013 auszurichten.
2. Unter Federführung des Diözesanausschusses wird aus den Teilnehmenden des Studientages eine Arbeitsgruppe gebildet, die anhand der Ergebnisse des Studientages eine Schablone (Raster, Prüfkriterien) entwickelt, für die Bewertung der Lösungsansätze der Krise.
3. Diese Prüfschablone wird den Verantwortlichen in den Verbänden und Regionen zur Verfügung gestellt. In ihrer politischen Vertretungsarbeit oder in Vorbereitung auf die Bundestagswahl helfen diese Kriterien die Stellungnahmen der PolitikerInnen zu Wegen aus den Krisen vor den Prinzipien der katholischen Soziallehre zu beurteilen.
4. Der BDKJ-Diözesanvorstand wird diesen Beschluss darüber hinaus in seiner politischen Interessensvertretung in Kirche, Staat und Gesellschaft aufgreifen.

Bonn, 02.12.2012